



Für die Legalisierung von Cannabis

Antragsteller: SPD Freundeskreis London

Wir fordern die umfassende Legalisierung von Cannabis, insbesondere zu medizinischen Zwecken aber auch darüber hinaus als Genussmittel.

Diese umfassende Legalisierung soll innerhalb eines regulierten und besteuerten Marktes geschehen.

Der Gesetzgeber wird zudem aufgefordert, eine angemessene Regulierung für den Umgang mit Cannabis im Straßenverkehr zu entwickeln.

Ein nennenswerter Teil der dadurch verfügbaren Finanzmittel soll für Präventionsmaßnahmen und Aufklärung im Bereich öffentlicher Gesundheit aufgewendet werden.

Die SPD Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand werden aufgefordert, noch in der 19. Legislaturperiode eine freie Abstimmung im deutschen Bundestag anzustreben.

Begründung:

Prohibitionspolitik ist gescheitert

Es ist bereits vielfach dargelegt worden: Das Drogenverbot allgemein und das Verbot von Cannabis im Speziellen hat nicht zu einer Reduktion des Drogenkonsums geführt. Insbesondere beim Konsum von Cannabis ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.¹

Ein neuer Zeitgeist

Dieser Anstieg spiegelt auch eine zunehmende Akzeptanz gegenüber Cannabis innerhalb der deutschen Gesellschaft – aber auch weltweit – wider. Laut einer Studie² der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahr 2018 sprechen sich lediglich 9% der deutschen Bevölkerung gegen eine Legalisierung von Cannabis aus. Die

¹ Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung 2019, pp 85ff.

² <https://www.bzga.de/forschung/studien/abgeschlossene-studien/studien-ab-1997/suchtpraevention/der-cannabiskonsum-jugendlicher-und-junger-erwachsener-in-deutschland-2018/>



Friedrich Ebert Stiftung hat bereits im Jahr 2015 in einer Studie die Eckpunkte für eine sozialdemokratische Drogenpolitik erarbeitet.³

Restriktive Cannabispolitik nicht gerechtfertigt

Cannabis kann zweifelsohne als Rauschmittel konsumiert werden. Doch auch wenn ein ausufernder Konsum nicht zu empfehlen ist, so sind die Risiken durch Cannabiskonsum deutlich geringer als Risiken in Verbindung mit legalem Alkoholkonsum⁴.

Kriminalisierung der Konsumenten

Gemäß der SPD Bundestagsfraktion⁵ sei „die Kriminalisierung der Konsument*innen [...] eine zentrale Schwäche der bisherigen Cannabispolitik“, die Therapien im Weg stehe und Ressourcen in wichtigen anderen Strafverfolgungsbereichen binde. Zudem sorgt die aktuelle Rechtslage zu unverhältnismäßigen Konsequenzen für betroffene Konsumenten, angefangen von der Notwendigkeit auf dem Schwarzmarkt einkaufen zu müssen bis hin zu persönlichen Konsequenzen, wie beispielsweise Führerscheinentzug. Eine vom jeweiligen Bundesland abhängige Ungleichbehandlung von Konsument:innen kann zudem das Vertrauen in den Rechtsstaat untergraben. Rechtliche Grauzonen verstärken dieses Gefühl.

Cannabislegalisierung bedeutet Respekt vor Polizist:innen

Und gerade den Ordnungshüter:innen, die sich mit ihrer Berufswahl in den Dienst der Gesellschaft stellen wollen, wird die Anerkennung, die ihnen zustünde, verwehrt indem sie durch die aktuelle Rechtslage dazu verdammt sind, Cannabiskonsumenden zu verfolgen und den entsprechenden Verwaltungsaufwand aufzubringen, anstelle sich wichtigen Dingen zu widmen. Als Gesellschaft sind wir es unseren Polizist:innen schuldig, ihre Zeit nicht mit fragwürdiger Verwaltungsarbeit, die nicht zielführend ist, zu verschwenden.

Von anderen lernen heißt besser werden: internationale Erfolgsmodell für die Cannabislegalisierung

Die SPD International kann von einigen Erfolgsmodellen hinsichtlich einer Cannabislegalisierung berichten. Ob Uruguay, Mexiko, Tschechien, oder an erster Stelle die amerikanischen Bundesstaaten Colorado und Kalifornien, so gibt es weltweit Beispiele, wie mit der Angelegenheit besser umgegangen werden kann. An dieser Stelle

³ von Repression zu Regulierung. Eckpunkte einer sozialdemokratischen Drogenpolitik. library.fes.de/pdf-files/iez/11582.pdf

⁴ David Nutt et al., Drug harms in the UK: a multicriteria decision analysis. In: The Lancet. 376, 2010, S. 1558–1565

⁵ Positionspapier der SPD Bundestagsfraktion vom 11. Februar 2020: <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-cannabis-neue-wege-gehen-20200211.pdf> und <https://www.dirk-heidenblut.de/wp-content/uploads/sites/55/2020/02/positionspapier-cannabis-neue-wege-gehen-20200211.pdf>



hervorzuheben ist die Regulierung der Lieferketten in Kalifornien, die es ermöglicht für den Konsum bestimmte Cannabisblüten zum jeweiligen Landwirt zurückzuverfolgen. Zudem ist auf das Beispiel Colorado zu verweisen, wo die frühe Legalisierung von Cannabis zu einem Wirtschaftsaufschwung im gesamten Bundesstaat geführt hat⁶.

Sinnvolle Verwendung von Steuereinnahmen statt Steuerverschwendung durch Prohibition

In Deutschland wird das Marktpotential von Cannabis auf etwa 7 Milliarden Euro geschätzt⁷. Sofern eine angemessene Besteuerung umgesetzt wird, kann mit Einnahmen im hohen dreistelligen Millionenbereich gerechnet werden. Dies würde eine Verdoppelung des Haushalts der BZgA (derzeit rund 15 Mio Euro) ermöglichen und zudem finanziellen Spielraum für Investitionen oder Schuldenabbau eröffnen.

⁶ <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2015/ziele/pot-inc>

⁷ <https://prohibitionpartners.com/reports/#the-germany-cannabis-report>